

Debatten über den Kurswechsel für eine gerechte Weltwirtschaft

**Bericht von der Konferenz und der Feier anlässlich des 20-jährigen
Bestehens von SÜDWIND in der Deutschen Welle in Bonn
am 06. Mai 2011**

Ein Jubiläum ist Anlass, zurück zu blicken, sich mit seinen Visionen zu befassen und der Realität zu stellen. Aber auch Anlass, nach vorn zu schauen. Dafür nutzten die rund 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Tag viele Gelegenheiten und trugen so zu einer gelungenen Veranstaltung bei. Nicht nur mit einem Vortrag und Debatten auf hohem Niveau, sondern auch durch das von allen als warmherzig erlebte Programm des Festabends wurde diese Geburtstagsfeier zu einem außergewöhnlichen Erlebnis.



Gremiensaal in der Deutschen Welle Bonn,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

Die Basis für die Diskussionen bildete der Leitgedanke einer weltweiten ökonomischen, sozialen und ökologischen Gerechtigkeit. Auf dieser Grundlage war der zentrale inhaltliche Ansatzpunkt dieses Tages das in-Frage-stellen der Paradigmen des klassischen Wirtschafts- und Wachstumsmodells und des vorherrschenden Wohlstands- und Entwicklungsbegriffs.

Gleich zu Beginn stellte Professor Dr. Birgit Mahnkopf von der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) in Berlin klar, dass wir von Klimagerechtigkeit, einer

Regulierung der Finanzmärkte und von einem ressourcenleichten und emissionsarmen Wirtschaftsmodell, das den Minimalanforderungen globaler sozialer Gerechtigkeit entspricht, heute ebenso weit entfernt sind wie vor 20 Jahren. Sie konstatierte bescheidene Fort-



Prof. Dr. Birgit Mahnkopf,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

schritte für die Rolle von Frauen in der Weltwirtschaft und bei der Etablierung von sozialen Verpflichtungen im Welthandel.

Sie belegte aber auch, dass mit der Globalisierung oftmals eine massive Absenkung von Sozialstandards für die Mehrheit der Beschäftigten einhergeht, die sich im weltweiten Boom der informellen, sozial ungeschützten Arbeit besonders stark zeigt. Alle neueren Daten bestätigen, dass die informelle Ökonomie im Weltmaßstab betrachtet die eigentlich dominante Form des Wirtschaftens ist. Viele informelle ökonomische Aktivitäten sind über globale Produktions- und Handelsnetze sehr eng mit der formellen Ökonomie verbunden. Letztlich trägt dies dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit großer Unternehmen

über die Vergabe von Unteraufträgen an Unternehmen, deren Beschäftigte ohne sozialen Schutz arbeiten, zu stärken. Dadurch trägt informelle Arbeit zwar zu ökonomischem Wachstum bei, doch wird damit nicht verhindert, dass die Einkommen der Beschäftigten zum Teil weit hinter den Exporterfolgen zurück bleiben und dass die Armut und die Ungleichheit abnehmen. Auch die Steuereinnahmen des Staates erhöhen sich dadurch nicht.

Paneldiskussion „Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen“

In der Diskussionsrunde zu diesem Thema berichteten sowohl Namrata Bali von der indischen Frauen-Gewerkschaft SEWA (Self Employed Womens Association) als auch Dr. Aloys Tegera vom Pole-Institut in der Demokratischen Republik Kongo jeweils vor dem Hintergrund ihrer äußerst verschiedenen Realitäten von der Kraft des informellen Sektors.

In Tegeras Heimatstadt Goma hat sich die Einwohnerzahl seit Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahr 1996 auf 1 Million vermindert.

Laut den offiziellen Statistiken

gibt es dort nur 10.000 gemeldete

Beschäftigungsverhältnisse. Er machte deutlich, dass die Situation in seinem Land so desaströs ist, dass der Staat seine öffentlichen Aufgaben nicht wahrnimmt und an die Existenz von Gewerkschaften nicht zu denken ist. Tegera schilderte, dass die Gesellschaft in seinem Land nach dem Muster „der Stärkste überlebt“ funktioniert. Er be-



Dr. Aloys Tegera,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

zeichnete es als „die Hölle“, in einem Zustand ohne funktionierende Regierungsinstitutionen zu leben. Er berichtete aber auch von einer informellen Solidarität, und dass viele Menschen in seinem Land es offensichtlich schaffen, trotz eines gewissermaßen nicht existenten Staates ein Modell einer Gesellschaft zu leben, das er als konstruktive Revolte bezeichnet: Ausgehend von dem Ziel, die Probleme der Gesellschaft gemeinsam anzugehen, wird sich der/die Einzelne bewusst, welche Verantwortung alle zu ihrer Lösung haben. Tegera bezeichnete es als die große Herausforderung für sein Land, den Denkansatz zu durchbrechen, dass Gesellschaft nach dem Recht des Stärkeren, nur nach Zugehörigkeit zu Banden oder Familien und ohne staatliche, Zusammenhalt gebende Strukturen funktioniert.

Namrata Bali aus Indien beschrieb ein ganz anderes Bild der informellen Ökonomie und unterstrich die Erfolge von gewerkschaftlicher Selbstorganisation der Frauen im sogenannten informellen Sektor. In ihrem Land sind 93 % der Menschen dort tätig, 60 % von ihnen sind Frauen. In der Frauengewerkschaft SEWA sind 1,3 Millionen Frauen organisiert. Frau Balis Erfahrungen mit diesen Frauen und den enorm gewachsenen Mitgliederzahlen basieren auf einer sehr einfachen aber zentralen Erkenntnis: Die Menschen organisieren sich und wollen gemeinsam etwas erreichen, wenn sie sich von diesem Vorgehen Erfolg versprechen. Die Gewerkschaft arbeitet daher mit einem integrierten Ansatz. Sie bietet den Frau-



Namrata Bali,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

en zunächst Lösungen für die Probleme, mit denen sie in ihrem Alltag konfrontiert sind. Das kann Gesundheitsversorgung ebenso sein wie Kinderbetreuung oder die Lösung von Abwasserproblemen. In einem nächsten Schritt ist es dann möglich, die Frauen beim Eintreten für ihre Rechte als Arbeitende zu unterstützen und sie zu organisieren. Ihre Gewerkschaft hat deshalb eine Bank und eine Versicherungsgenossenschaft gegründet und bietet Kinderbetreuung an. Bali vertrat die Auffassung, dass globale Lösungen die Ungleichheit in einer Gesellschaft nicht beseitigen können. Der Ansatz müsse von den Bedingungen vor Ort ausgehen.

Mit Margret Mönig-Raane, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Ver.di, kam die Perspektive der deutschen traditionsreichen Gewerkschaftsbewegung als Interessenvertretung mit in die Diskussion. Mönig-Raane stellte dar, dass es auch in Deutschland nicht mehr mit dem Motto „Hauptsache Arbeit“ getan ist, sondern Arbeit mit Mindestbedingungen ausgestattet sein muss, zu denen Mindestlohn, maximale Arbeitszeiten, Gesundheitsvorsorge

usw. gehören. Sie forderte, dass nicht nur die Politik und Unternehmen etwas gegen die stark gestiegene Informalisierung von Arbeit tun müssen. Die Menschen müssten sich selbst organisieren und ihre eigenen Belange vertreten, ihr Schicksal in die Hand nehmen und so Veränderungen herbeiführen.



Margret Mönig-Raane,
Foto: C. Schumacher
/SÜDWIND

Ingeborg Wick von SÜDWIND vertrat die Auffassung, dass Gewerkschaften heute der Abnahme formaler Beschäftigung und Ausbreitung prekärer Arbeit auch in Industrieländern stärker Rech-

nung tragen sollten. Statt dem traditionell auf männlichen Industriearbeitsplätzen aufgebauten Gewerkschaftsmodell forderte sie eine stärkere Orientierung an allen Arbeitssektoren einschließlich der sozial ungeschützten Beschäftigung und der unbezahlten Versorgungsarbeit. Dabei sollten Gewerkschaften auch stärker auf soziale Bewegungen zugehen. Sie stellte die Frage, in wie weit das Modell der indischen Gewerkschaft SEWA nicht auch übertragbare Ansatzpunkte für deutsche Gewerkschaften und ihren Wunsch nach Modernisierung und Mobilisierung von Selbstorganisation bieten könne. In Bezug auf skandalöse Arbeitsbedingungen für Frauen in der Textilproduktion machte Wick deutlich, dass dies kein Phänomen nur bei der Billigproduktion sei, sondern bei Markenunternehmen ebenso vorkomme. Das Grundproblem sei das Produktionssystem insgesamt: Wenn Teile der Produktionskette ins Ausland verlagert seien, gebe es keine Möglichkeit, völkerrechtlich verbindliche Regeln für soziale und ökologische Standards anzuwenden. Daher sei es das Ziel von SÜDWIND, zu erreichen, dass die Regierungen in den Ländern, in denen ein Unternehmen seinen Hauptsitz hat, darauf achten müssten, dass menschenrechtliche und arbeitsrechtliche Verpflichtungen für die Unternehmen und ihre gesamten internationalen Lieferketten gelten müssten.



Ingeborg Wick, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

Mit der These, dass das globale Wirtschafts- und Finanzsystem und der nicht nachhaltige Umgang mit Umwelt und Ressourcen ein menschenwürdiges

Leben für alle Menschen unmöglich machen und gegeneinander stehen, befasste sich der zweite Teil von Professor Mahnkopfs Einführungsvortrag. Sie stellte dar, dass mit Wachstum weder Armut und Hunger beseitigt werden können, noch Gesundheit, Bildung, Mobilität und Energie für möglichst alle Menschen zur Verfügung stehen werden, Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können oder soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann. In vielen Ländern verlaufen Wachstumssteigerung und soziale Ungleichheit parallel, im globalen Maßstab wächst nur die ungeschützte, informelle Arbeit. Armut, Umweltbelastungen und die Ausbeutung von Rohstoffen forderten eine grundlegende Umgestaltung des bisherigen Wirtschaftsmodells. Dies bedeute eine große Kraftanstrengung.

Paneldiskussion „Anders wachsen“

In der zweiten Gesprächsrunde diskutierten Heidemarie Wieczorek-Zeul (MdB und Ministerin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 1998-2009), Danuta Sacher (Geschäftsführerin Terre des Hommes, Mitglied der Civil Society Reflection Group on Global Development Goals) und Dr. Pedro Morazán von SÜDWIND über diese These. Es wurde deutlich, dass globale Gerechtigkeit und der Gegensatz von Arm und Reich nicht mehr nur eine Nord-Süd-Dimension hat, sondern immer deutlicher auch auf nationalstaatlicher Ebene eine große Rolle spielt.



Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

Frau Wieczorek-Zeul konstatierte einen gescheiterten Marktadikalismus, dessen Ergebnis in allen Gesellschaften ein Auseinanderklaffen von arm und reich ist. Nur wenn dieses Problem weltweit angegangen würde, könne auch Solidarität mit Entwicklungsländern erwartet werden. Die Grundlage eines gerechten globalen Entwicklungsmodells ist aus ihrer Sicht eine veränderte Wirtschaftspolitik. Dazu müsse Politik stärker auf



Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Pedro Morazán
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

gerechtere Vermögens- und Einkommensverteilung hinwirken.

Sowohl Dr. Morazán als auch Frau Wieczorek-Zeul sahen die Rolle der G-20 als Akteur mit zunehmendem Einfluss auf die globale Politikgestaltung als hinderlich für ein verändertes Bewusstsein hinsichtlich des klassischen Wachstumsparadigmas, in dem Wachstum Vision und Ziel zugleich ist. Entscheidend sei nach Einschätzung von Morazán die Machtverteilung zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik entscheide sich nicht nur „oben“, sie müsse „von unten“ gestaltet werden. Er nannte gelungene Beispiele zivilgesellschaftlicher Initiativen zu einer solchen Gestaltung, wie z.B. die Entschuldungskampagne Erlassjahr oder den Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer als Instrument gegen Entsolidarisierung. Die Zivilgesellschaft weltweit sollte weiter neue Visionen entwickeln und an deren Umsetzung arbeiten. Anstatt Wachstum müsse der Ansatz „Entwicklung in Freiheit“ lauten.

Danuta Sacher vertrat die Auffassung, dass kein neues Modell als Alternative zum Wachstum gesucht und durchgesetzt werden müsse. Seit 1992 habe der Rio-Prozess mit dem Konzept einer global nachhaltigen Entwicklung den Weg gewiesen:



Danuta Sacher,
Foto: C. Schumacher/SÜDWIND

Der Schutz der Menschen und die Frage der Gerechtigkeit sei mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen in einem Gesamtkonzept zusammen gebracht worden. Dieses Konzept sei immer noch als Orientierungsrahmen zur Formulierung gemeinsamer Ziele tauglich, könne aber für unterschiedliche Staaten oder Gruppen durchaus unterschiedliche Konsequenzen haben.

Zukunftsentwürfe für die ganze Welt können nicht nur in Industrienationen und mit Hilfe ihrer Übermacht in globalen Institutionen gemacht werden, Entwicklungsländer müssen sich genauso wieder finden. Sacher setzt ihre Hoffnung in eine breite Mobilisierung der Bevölkerung. Wenn weltweite Verteilungsgerechtigkeit umsetzbar sein soll, müsse man sich davon verabschieden, Staaten als einziges Bezugssystem für politisches oder wirtschaftliches Handeln zu sehen. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen sich weiter organisieren, eigene Erkenntnisse erarbeiten und diese in die gesellschaftliche Debatte einspeisen.

Am Ende ihrer Ausführungen machte Professor Mahnkopf deutlich, dass Eigentums- und Verteilungsstrukturen in

Frage gestellt werden müssen, und dass dies für sie „innerhalb des kapitalistischen Systems nur schwer vorstellbar“ sei. Sie forderte ein radikales Umdenken weg von der „Manie des Wachstums“ und dem „More of the same“. Stattdessen sollte die Wirtschaft gesellschaftspolitischen Zielen untergeordnet werden, damit „die Zukunft keine verlängerte Vergangenheit“ werde. Es gelte, ein neues Gleichgewicht zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu finden.

In Frau Mahnkopfs Vision

- werden dem Markt politische Ziele vorgegeben, über deren Ausmaß und Kontrolle die Gesellschaft entscheiden soll.
- wird das Gemeinwohl zum Leitfaden gesellschaftlicher Prozesse gemacht: Der Wettbewerb wird zugunsten von gesellschaftlicher Kooperation, Planung und Steuerung eingegrenzt und öffentliche Subventionen auf die Förderung öffentlicher Aufgaben und die Wiederbelebung des öffentlichen Raums konzentriert.
- werden Gemeingüter (Wasser, Luft, Boden, Meere) durch Verbote und deren Missachtung durch strikte Verfolgung vor Übernutzung geschützt.
- wird die Finanzwirtschaft in eine dienende Funktion für die „Realökonomie“ und in regionale Kontexte zurückgeführt.
- wird eine „Politik der De-Karbonisierung“ quer durch alle politischen Resorts und bei allen Gesetzesvorhaben zur Zielgröße gemacht.

Nach den Diskussionen war deutlich: Ein Kurswechsel für eine gerechte Weltwirtschaft ist dringend erforderlich, und dieser wird nur mit „Kraft von unten“ möglich sein. An der Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern in ihrem regionalen und kulturellen Kontext geht kein Weg vorbei. Globale Lösungen können nur dann sinnvoll sein, wenn sie Referenzrahmen und Ziele definieren, an denen sich Gesellschaften orientieren und ihr Modell von Entwicklung umsetzen.

Sicher ist, dass SÜDWIND sich auch in den nächsten 20 Jahren dafür stark machen wird, dass die Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschen ausge-

richtet wird und die Vision von Gerechtigkeit auf dem Weg zu einer Postwachstumsökonomie fest im Blick hat. Frau Wiczorek-Zeul wünschte SÜDWIND dafür die notwendige Mischung aus kämpferischer Ungeduld und Geduld dort, wo es notwendig ist.

Text: Martina Schaub



Festabend 20 Jahre SÜDWIND



Musikalische Begleitung durch Daniel Rodriguez, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Grüßworte von Johannes Lauber (GIZ), Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Grüßworte von Monika Dülge (VENRO) und Ulrich Suppus, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Ingeborg Wick genießt das Theaterstück anlässlich ihrer Verabschiedung, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Wilson Budde-Iser (Vorstandsvorsitzender SÜDWIND) und Heike Koch (MÖWE-Westfalen), Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Das Beste zum Schluss: Monika Krämer im Theaterstück „Anne Schrill live aus Davos“ Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



„Stabsübergabe“ von Ingeborg Wick zu Sabine Ferenschild, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND



Pedro Morazán als Fidel Castro im Theaterstück, Foto: C. Schumacher/SÜDWIND